

INFO

Gemeindereform 2000+

September 2010



In Glarus gibt es Anfang 2011 anstelle von 25 noch drei Gemeinden.

DIE SCHWEIZ IST IN BEWEGUNG

Die Schweiz ist in Bewegung: Die Hälfte aller Kantone verzeichnet zahlreiche erfolgreiche Fusionen. In den vergangenen zehn Jahren hat das Total der Gemeinden in der Schweiz um 300 Gemeinden abgenommen. Viele Projekte stehen noch an.

Die Zunahme von Gemeindefusionen seit 2000 (siehe Kasten Seite 2) ist einerseits auf die Förderung durch die Kantone dank Reformprojekte und einer gezielten Unterstützungspolitik zurückzuführen. Gemäss einer Befragung der Universität Bern im Jahr 2008 messen 16 von 26 Kantonen Gemeindefusionen ein hohe bis sehr hohe Bedeutung bei. In 17 Kantonen sind politische Vorstösse erfolgt, die Zusammenschlüsse fordern. Inzwischen sind nicht mehr nur kleinere, ländliche Gemeinden Gegenstand von Fusionen. Spätestens seit der Fusion Rapperswil-Jona (SG) im Jahr 2007 (siehe S. 5) und diejenige zwischen Littau und Luzern 2010 hat die Fusions-thematik auch urbane Gemeinden erfasst.

Zielsetzungen

Im Moment beschäftigen sich 14 Kantone mit Fusionsprojekten. Seit 2000 wurden insgesamt 153 Fusionen umgesetzt. Die Struk-

turreform-Projekte der Kantone verfolgen vor allem folgende Zielsetzungen: Stärkung der Demokratie, Effizienzsteigerung, Stärkung der Gemeinden, vermehrte Entwicklungsperspektiven, Zunahme an Einfluss.

- **Stärkung der Demokratie:** In der Vergangenheit wurden die öffentlichen Aufgaben immer mehr interkommunal erfüllt und/oder ausgelagert. Mittels Gemeindefusionen können sie ihre Aufgaben wieder aus einer Hand erfüllen. Es wird immer schwieriger, die Behördenämter zu besetzen. In der vereinigten Gemeinde werden Auswahl und damit die Chancen grösser.
- **Effizienz:** Effizienz entsteht durch Einsparungen der Infrastruktur (Gebäude, Informatik usw.), bei den Löhnen der Behörden und den Personalkosten, effizienter Aufgabenerfüllung usw. Bei sinkenden oder gleichbleibenden Kosten steigt die Qualität der Leistungen.

PIONIERE?

Als wir 1997 mit «Luzern '99» starteten, waren der Kanton Luzern mit Freiburg und dem Tessin die Pioniere einer Strukturreform mit Gemeindefusionen. Heute ist das anders: 12 Fusionen konnten wir bislang umsetzen, gesamtschweizerisch sind es in den vergangenen zehn Jahren 153. Vor zwei Jahren waren in der Schweiz 350 Fusionsvorhaben angekündigt. Längst sind es nicht nur noch kleine Fusionen, sondern immer mehr auch grosse, die von dieser Bewegung erfasst sind.

Nach 13 Jahren Strukturreform im Kanton Luzern besteht die Gefahr, dass Bevölkerung und Politik ermüden. Das ist verständlich, aber auch gefährlich. Denn die Entwicklung in der Schweiz zeigt deutlich, wie sehr die Kantone vorwärts machen und die Strukturreform zum zentralen Thema gehört. Wer heute still steht, ist morgen überholt und abgehängt.

Im Moment gibt es im Kanton Luzern einige Projekte, bei denen überzeugte Behördemitglieder die Vision der starken Gemeinde verfolgen. Das ist im Sinne des starken Kantons Luzern, denn wir möchten gesamtschweizerisch weiterhin



Yvonne Schärli
Regierungsrätin

mithalten können. Doch Fusionsprojekte brauchen finanzielle Mittel. Wir tun gut daran, sie bereitzustellen.

- **Stärkung der Gemeinde:** Durch die grössere Zahl von Einwohnerinnen und Einwohner werden die finanziellen Schwankungen kleiner und führen in der neuen Gemeinde längerfristig zu Konstanz und Sicherheit bezüglich der Ausgaben und Steuern.
- **Entwicklungsperspektiven:** Durch den Zusammenschluss verbessert eine Gemeinde ihre Wettbewerbsposition dank erhöhter raumplanerischer oder wirtschaftsfördernder Möglichkeiten, einer professionellen – weil spezialisierten – Verwaltung, eines attraktiven Steuerfusses und durch die Schaffung von interessanten Freizeitangeboten. Die Gemeinde wird insgesamt attraktiver, das führt zu vermehrter Ansiedlung von Familien und Firmen.

FUSIONEN AKZEPTIERT

Es gibt wohl kaum eine Gemeinde in der Schweiz, die sich mit dem Thema Fusion nicht schon auseinandergesetzt hat. Im Kanton Freiburg kam es seit 2000 zu 41 Fusionen, das Tessin verzeichnet in der gleichen Zeitspanne 24 Fusionen, Graubünden 16, die Kantone Luzern und Wallis je 12 und der Kanton Bern 11 Fusionen. (siehe Grafik auf Seite 3)

Das wohl umfassendste Fusionsvorhaben gibt es zurzeit im Kanton Glarus: Noch besteht der Kanton aus 25 Gemeinden; am 1. Januar 2011 werden es noch drei Gemeinden sein. Weitere Kantone (Appenzell Innerrhoden und Kanton Uri) ziehen nach.

1850, kurz nach der Gründung des Schweizerischen Bundesstaates, zählte die Schweiz 3203 Gemeinden, rund 150 Jahre später noch 2896 (im Jahr 2000). Heute sind es 2596 Gemeinden. Der Prozess geht weiter. Mehr als 350 Fusionsvorhaben waren 2008 öffentlich angekündigt.

- **Zunahme an Einfluss:** Die Abhängigkeit zur übergeordneten Staatsebene wird verringert. Gleichzeitig gewinnt die Gemeinde an Gewicht bei Verhandlungen mit dem Kanton und gegenüber anderen Gemeinden.

Kantone leisten Unterstützung

Im Jahr 2008 gab es 350 Gemeinden mit Fusionsplänen. Sie sind insbesondere in Kantonen anzutreffen, die mit ihrer Politik Fusionen unterstützen. Die meisten Kantone lassen ihre Reformprojekte nicht bei blossen Appellen bewenden. Sie fördern Fusionen ganz gezielt. 15 Kantone gewähren fusionswilligen Gemeinden finanzielle Unterstützung (z.B. Beiträge an Entschuldung, an die Abklärungsarbeit, in Form von Garantien beim Finanzausgleich). Viele Kantonsparlamente haben Rahmenkredite zur Unterstützung von Fusionen gesprochen. Drei Viertel der Kantone erbringen zudem Beratungsleistungen.

Von unten wachsen

In den meisten Kantonen sollen Fusionen von unten wachsen. Die Bevölkerung entscheidet über eine Fusion. Der Zwang zur Fusion ist sehr umstritten. Die Gemeindeautonomie gilt in der Schweiz als Grundlage für die direkte Demokratie.

Die Bundesverfassung schützt die Gemeinden nicht grundsätzlich vor einer Zwangsfusion. Nach Art. 50 Abs. 1 BV ist das kantonale Recht zuständig. In einigen Kantonen sind Zwangsfusionen gemäss Kantonsverfassung möglich, werden in der Regel aber nicht angewandt. Mehr als die Hälfte der Kantone (insgesamt 16) kennt eine ungeschränkte Bestandegarantie ihrer Gemeinden. Die Kantone fördern zwar seit zehn Jahren Fusionen verstärkt. Gleichzeitig ist laut der Studie

GESCHEITERTE FUSIONEN

Es kommt immer wieder vor, dass ein Fusionsprojekt gestartet und in der Folge abgebrochen oder von der Bevölkerung am Ende nicht angenommen wird. In der Schweiz gab es in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 38 gescheiterte Fusionsprojekte; 153 Fusionen wurden umgesetzt. Die Gründe für den Abbruch sind mannigfaltig: Ablehnung durch die Bevölkerung an der Urne; Abbruch wegen Uneinigkeit in der Sache usw. Es kommt immer wieder vor, dass Projekte in ähnlicher Form im Nachhinein glücken – oft unter der Beteiligung von weniger Gemeinden.

der Universität Bern von 2008 in allen Kantonen ein grosser Wille spürbar, die Reform mit den Gemeinden zu diskutieren und breite akzeptierte Lösungen zu finden. Eine komplette Reformverweigerung wird jedoch immer weniger akzeptiert.

Quelle: Befragung des Kompetenzzentrums für Public Management (KPM) der Universität Bern, Veröffentlichung in: Schweizer Gemeinde 11/08.

FUSIONSTÄTIGKEIT IN DEN KANTONEN

Die Mehrheit der Kantone misst Gemeindefusionen eine hohe bis sehr hohe Bedeutung zu. 14 von 26 Kantonen beschäftigen sich momentan mit Fusionsprojekten. Hunderte von Gemeinden haben Fusionsabklärungen angekündigt. Was geschieht in den Kantonen konkret? Sechs Beispiele.

Kanton Tessin

Bereits im Jahre 1972 kam es im Tessin zur ersten Fusion. In den Neunzigerjahren folgten weitere Fusionen. Seit 1995 gab es im Kanton Tessin 25 Gemeindefusionen. Die Anzahl der Gemeinden sank von 245 auf 161. Mehr als ein Dutzend Projekte sind am Laufen, und acht Fusionsprojekte wurden sistiert.

Diese Fusionsentwicklung im Kanton Tessin erfasste auch die Agglomeration Lugano. Mit Lugano fusionierten 2002 acht Nachbargemeinden; ein Jahr später kam mit Breganzona eine weitere Gemeinde dazu. In der Agglomeration sind es Fusionen von finanziell gesun-

den Gemeinden; die in erster Linie strategisch motiviert sind. Lugano ist mit seinen rund 49 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur achtgrössten Stadt der Schweiz und zum dritt wichtigsten Finanzplatz im Land avanciert.

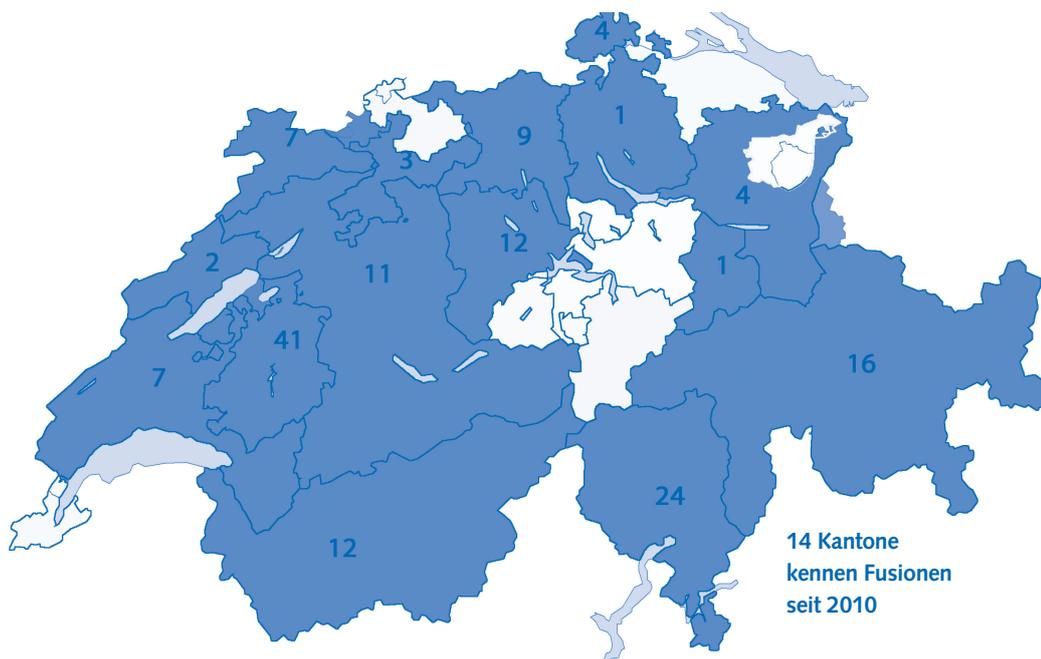
Kanton Freiburg

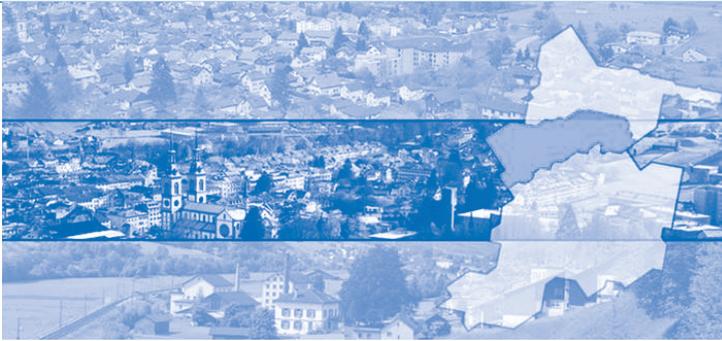
Bereits 1971 hat der Kanton Freiburg einen Bericht vorgelegt, in dem er die Reduktion von damals 279 auf 87 Gemeinden vorschlug. Diese Strategie wurde in der Folge intensiv verfolgt: 1999 waren es noch 245, elf Jahre später 168 – also 77 Gemeinden weniger. Ermöglicht hat dies ein Dekret von 1999 zur Förderung der Gemeindefusionen.

Seit 2004 ist dieses Dekret ausser Kraft. Eine Motion, die die Wiederaufnahme der Förderung von Gemeindefusionen zum Ziel hat, wurde für erheblich erklärt. Damit soll am alten Ziel – am Kanton Freiburg mit 89 Gemeinden – angeknüpft werden. Auf die Verpflichtung zu Fusionen wollen die Verantwortlichen verzichten. Geschaffen werden soll ein Fusionsplan auf Stufe Bezirk.

Kanton Graubünden

Der Kanton Graubünden zählt im Moment 180 Gemeinden. Er ist der Kanton mit der kleinsten durchschnittlichen Gemeindegrösse. Seit 1851 kam es im Kanton Graubünden zu 27 Gemeindefusionen, 16 davon in den vergangenen acht Jahren. Das Zustandekommen auch von grösseren Gemeindefusionen (Talfusionen Val Müstair (6 Gemeinden) und Bregaglia (5 Gemeinden), aber auch





Der Kanton Glarus besteht ab 1. Januar 2011 nur noch aus drei Gemeinden.

diejenige von Cazis (5 Gemeinden), zeigen, dass Fusionen bei Behörden und Bevölkerung inzwischen akzeptiert sind. Sämtliche Fusionen sind bisher auf freiwilliger Basis erfolgt. Fünf Projekte wurden gestartet, dann aber sistiert und abgebrochen.

Im Moment ist rund die Hälfte der Gemeinden in unterschiedlich konkrete Projekte eingebunden. Insgesamt sind 12 Fusionsprojekte am Laufen.

Kanton Aargau

Das Projekt Gemeindereform Aargau (GeRAG) mit Start 2005 hat im Kanton eine Diskussion über zukünftige Strukturen ausgelöst. Nach 1970 fand im Kanton Aargau im Jahr 2002 die erste Gemeindefusion (Zofingen-Mühletal) statt; Weitere folgten. Seit 2000 sind es insgesamt neun Fusionen.

Der Kanton Aargau strebt eine Stärkung der Gemeindefusionen mit möglichst selbstständigen Gemeinden in den Agglomerationen und im ländlichen Raum an. Die Projekte sollen von unten wachsen. Der Kanton Aargau hat die Absicht, Unterstützungsbeiträge für Zusammenschlüsse zu ermöglichen und die Projekte personell zu begleiten. Im Herbst 2009 lehnte die Aargauer Bevölkerung hauchdünn eine Vorlage ab, welche die Zahlung von kantonalen Förderbeiträgen zum Ziel hatte. Eine neue Vorlage wurde im Juli 2010 in Vernehmlassung geschickt.

Kanton Bern

Im Kanton Bern kam es seit 2004 zu elf Fusionen. Die Gemeindezahl beläuft sich heute auf 388 Gemeinden. Mit dem Gemeindefusionsgesetz von 2005 bezweckt der Kanton Bern, die Anzahl der Gemeinden bis 2017 um rund einen Viertel auf zirka 300 Gemeinden zu reduzieren. Dabei stehen kleine und

kleinste Gemeinden im Fokus. Im Vergleich zu anderen Kantonen weist der Kanton Bern überdurchschnittlich viele kleine Gemeinden auf. Viele von ihnen haben Mühe, die Behörden zu besetzen und die Aufgaben in der erforderlichen Qualität zu erfüllen.

Im Moment steht im Kanton Bern die Bottom-up-Strategie zur Diskussion. Anlässlich des Evaluationsberichts über die bisherige Fusionsstrategie im Jahr 2009 beschloss der Grosse Rat eine Erklärung zur Aufweichung der Bestandesgarantie der Berner Gemeinden. Der Grosse Rat soll ermächtigt werden, unter bestimmten Umständen einen Zusammenschluss auch gegen den Willen der betroffenen Gemeinden anzuordnen. Die Volksabstimmung steht voraussichtlich im Jahr 2012 an.

Kanton Glarus

An der Landsgemeinde von 2007 hat der Kanton Glarus beschlossen, dass anstelle von 25 Ortsgemeinden, 18 Schulgemeinden, 16 Fürsorgegemeinden und 9 Bürgergemeinden nur noch drei grosse Einheitsgemeinden bestehen bleiben. Diese Reform wird am 1. Januar 2011 umgesetzt sein. Die drei neuen Gemeinden Glarus, Glarus Nord und Glarus Süd entsprechen der bisherigen regionalen Gliederung im

Kanton. Begründet wird diese Reform mit der Stärke von Kanton und Gemeinden. Die Gemeindereform schaffe dem Kanton mehr Wettbewerbsfähigkeit. Es werde die Grundlage geschaffen, um die Stärken des Kantons als Wohn- und Wirtschaftsstandort optimal zur Geltung zu bringen.

Quelle: Interner Bericht des Amtes für Gemeinden Kt. Graubünden.

WAS BEGÜNSTIGT FUSIONEN?

Teil der Studie des Kompetenzzentrums für Public Management (KPM) der Universität Bern von 2008 war die Frage, was Fusionen begünstigt. Sind es die grosse Anzahl von Gemeinden im Kanton, kleine Gemeinden oder leistungsschwache Gemeindeverwaltungen usw.? Die Universität Bern kommt zum Resultat, dass keiner der erwähnten Faktoren nachweislich eine Fusion begünstigt. Als wichtiger Einfluss hingegen konnte die Höhe der Gemeindesteuern belegt werden: In Kantonen, in denen sich die kommunalen Steuererträge schwächer entwickelt haben als im schweizerischen Durchschnitt, sind Fusionen häufiger verbreitet.

DIE SPIELREGELN MÜSSEN VON ANFANG AN KLAR SEIN

Seit drei Jahren ist Rapperswil-Jona eine einzige Stadt mit rund 25 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Über die Fusionserfahrungen unterhielten wir uns mit dem Stadtpräsidenten, Benedikt Würth.



Benedikt Würth

Wie lässt es sich als Stadtpräsident in einer Stadt, die seit drei Jahren fusioniert ist, leben?

Benedikt Würth: Grundsätzlich gut. Wir haben eine umfassende Umstrukturierungs- und Konsolidierungsphase hinter uns. Dabei kam es für alle Beteiligten zu Umstellungen. Bei einer kürzlich durchgeführten Zu- und Wegzuger-Befragung haben wir festgestellt, dass unser Wohnort nach wie vor sehr attraktiv ist. Die Fusion hat uns noch einmal Schwung gegeben.

Sie sprechen von Schwung. Wie spüren Sie ihn?

BW: Er steht im Zusammenhang mit Vorhaben aus den Bereichen Sport, Kultur, Verkehrsplanung, die realisiert oder aufgelegt werden konnten. Es ist in einer Stadt schnell spürbar, ob Projekte blockiert werden, oder ob es vorwärts geht. Es gelingt nicht immer alles, aber das Meiste.

Wie ist die Bevölkerung der Stadt Rapperswil-Jona mit der Fusion zufrieden?

BW: Wir haben einen Wirkungsbericht erstellt mit Interviews von Leuten aus der Stadt, wir haben Inputs aus der Zu- und Wegzuger-Befragung, und wir haben ein vierteljährliches Forum, in dem sich Quartiervereine und Parteien einbringen können. Es ist normal im öffentlichen Leben, dass nicht alle mit allem einverstanden sind. Was die Fusion betrifft: Sie ist von den Leuten akzeptiert und abgeschlossen.

Wie hat sich das politische Leben seit der Fusion entwickelt. Gibt es Anzeichen von demokratischer Enthaltung?

BW: Der Mitwirkungsprozess der Bevölkerung hatte von Anfang an einen hohen Stellenwert. Der Grund dafür war, dass die Initianten der Fusion die Vorgabe setzten, auf ein Parlament zu verzichten. Wir sind heute die grösste Schweizer Stadt ohne Parlament. Das führte zu Diskussionen im Rat. Wir nahmen den Ball auf und haben flankierende Instrumente geschaffen. Das viermal jährliche Stadtforum ist eine Plattform für alle Themen: Sicherheit, Strassenunterhalt usw. Daneben kennen wir weitere themenspezifische Plattformen: Kultur-, Tourismus, Integrationskonferenzen, Wirtschaftsgespräche.

Dann ist die demokratische Enthaltung kein Thema?

BW: Wir haben den Mitwirkungsprozess gezielt ausgebaut. Die Leute



Die Fusion ist von den Leuten akzeptiert.

schätzen die geschilderten Gefässe und machen mit. Ich habe den Eindruck, dass die Präsenz bei der Bürgerversammlung zurückgegangen ist. Allerdings ist die Teilnahme stark von den konkreten Geschäften abhängig. Wir versuchen, die Bürgerversammlung durch den Ausbau der direktdemokratischen Rechte noch attraktiver zu machen. Die Volksmotion ist seit kurzem in Kraft; die Bürgerinnen und Bürger können sie an der nächsten Versammlung bereits nutzen.

Es scheint, die Fusion habe sich bewährt. Wie zeigt sich das?

BW: Wir hatten vor der Fusion eine extreme Zersplitterung der Zuständigkeiten: vier Schulgemeinden, zwei politische Gemeinden, verschiedene Zweckverbände. Der Koordinationsbedarf war hoch, und es bestand die Gefahr widersprüchlicher Entscheide und Beschlüsse. Mit zunehmender Verflechtung war der Zustand schwieriger geworden. Jetzt haben wir klare und übersichtliche Strukturen.

Und gesellschaftlich?

BW: Auf der gesellschaftlichen Seite bin ich positiv überrascht, wie schnell die Leute – auch Skeptiker – sich auf die neue Situation eingestellt haben. Ich hatte erwartet, dass wir länger zu kauen hätten. Das ist der Vorteil der direkten Demokratie. Ein guter demokratischer Entscheid wird breit getragen.

Sie wollten durch die Fusion stärker werden. Wie zeigt sich das heute?



HERAUSGEBERIN
Gemeindereform 2000+
Bundesplatz 14
6003 Luzern
Telefon 041 228 64 83
Fax 041 210 14 62
E-Mail afg@lu.ch
www.gemeindereform.lu.ch



Rapperswil-Jona: Nach der Fusion attraktiver denn je.

BW: In der Wahrnehmung des Kantons. Wir sind relativ weit – ungefähr eine Stunde – von der Hauptstadt weg und auch von der Mentalität her gibt es Unterschiede. Als zweitstärkste Stadt im Kanton hat Rapperswil-Jona eine ganz andere Wahrnehmung. Nicht nur bei der Regierung, sondern auch im Parlament, in der Staatsverwaltung und bei den Medien. Wir sind in der Tat stärker geworden. Wir sind attraktiv und erhalten viele Anfragen auch aus dem wirtschaftlichen Bereich.

Die Finanzen standen während des Fusionsprozesses nicht im Vordergrund. Wie kam das?

BW: Die Finanzen waren sicher auch ein Aspekt. Bereits beim ersten Projekt hatten die Verantwortlichen die Einsparungen realistisch eingeschätzt. Es ging nicht um zig Millionen Einsparpotenzial. Das wurde beim zweiten Anlauf weitergezogen. Doch es gab klare Erwartungen bezüglich der Synergien.

Wie haben Sie es geschafft, die Leistungen nicht auf dem höchsten Niveau anzusetzen?

BW: Das ist alleine eine Führungsfrage. Die Spielregeln müssen von Anfang an klar sein. Es gilt den Leuten verständlich zu machen, dass kein Automatismus des höchsten Leistungsniveaus besteht. Wir sagten: «Wir bauen eine neue Stadt.» Das heisst, der Standard kann erhöht oder reduziert werden. Bei uns bestand von Anfang an dieses Agreement. Die Einsparungen von rund 2 Mio. Franken sind nur deshalb möglich geworden.

Wie beurteilen Sie die zwei Millionen?

BW: Das ist ein gutes Resultat. Wir hatten ursprünglich mit weniger gerechnet. Dieses Geld stammt aus dem laufenden Betrieb. Bei den Investitionen führt die Fusion zu mehr Koordination und Abstimmung. Auch das bringt zusätzliche Einsparungen, doch sie sind schwer zu beziffern.

Und die raumplanerischen Vorteile?

BW: Hier gibt es grosse Vorteile. Ein Beispiel: Der Nationalzirkus Knie platzt aus allen Nähten und braucht mehr Platz. Nicht zuletzt wegen neuer Tierchutzvorgaben muss eine grossräumige Lösung her. In Rapperswil alleine hätten wir diese nicht gefunden. Dank klarer Strukturen, konnte das Problem grossräumig gelöst werden. Solche kleinen und grösseren Beispiele gibt es viele.

Welche Massnahmen trafen Sie bezüglich des Personals?

BW: Wir wollten die natürliche Fluktuation ausschöpfen, deshalb hatten wir nach dem Entscheid zur Fusion nur noch befristete Arbeitsverhältnisse geschaffen. Wir eröffneten eine interne Stellenbörse, und alle konnten sich für

die diversen Stellen in drei Phasen bewerben: Zuerst wurden die Kaderstellen besetzt, danach die anderen Stellen. Was übrig blieb, wurde öffentlich ausgeschrieben. Wir haben grossmehrheitlich befriedigende Lösungen gefunden. Leider nicht für ganz alle. Es sind auch Leute gegangen; auch das gehört dazu.

Das tönt alles sehr positiv. Gibt es gar keine Negativkomponenten?

BW: Ich muss Sie enttäuschen. Selbst die Mitarbeiterbefragung im vergangenen Jahr ergab ein sehr positives Resultat. Doch bei solchen Befragungen muss man gut hinschauen, um herauszufinden, was noch nicht perfekt läuft. Es ist wichtig darauf zu achten, dass durch die Grösse der Verwaltung sich nicht schwerfällige Prozesse entfalten. Wir wollen keinen Bürokratieeffekt auflösen. Deshalb müssen wir die Vorteile nutzen und gleichzeitig die Nachteile der grösseren Einheit im Griff behalten. Denn alle wünschen sich möglichst einfache Prozesse. Das ist ein Punkt, den wir noch verbessern können. Doch es gab auf der Verwaltung auch Vorteile z. B. interessante Stellenbildungen. Unter dem Strich haben wir auch beim Personal eine positive Entwicklung.

Interview: Bernadette Kurmann

ZUR PERSON

Benedikt Würth ist 42-jährig, lic iur HSG und Vater von 2 Kindern. Er ist seit der Fusion Stadtpräsident von Rapperswil-Jona im Vollamt. Zuvor war er während 7 Jahren Gemeindepräsident von Jona. Er ist seit 14 Jahren Mitglied des Kantonsrates St. Gallen und Präsident der CVP-Fraktion.